Ordo socialis

Christlich - Sozial - Weltweit

Ordo-socialis-Preis 2023

Preisträger:
Karl-Josef Laumann

Vorwort

Ordo socialis ist eine Vereinigung zur weltweiten Förderung der christlichen Soziallehre und der wissenschaftlichen Sozialethik. Ordo socialis wurde als selbstständiger Verein und wissenschaftliche Tochter des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) 1985 nach einem internationalen Kongress in Rom gegründet. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, für eine gerechte globale Ordnung einzutreten. Ordo socialis verfolgt dieses Ziel insbesondere durch die Förderung (digitaler) internationaler Wissenschaftskommunikation auf dem Gebiet der christlichen Sozialethik. Neben der digitalen Open Access-Bereitstellung sozialethischer Schriften arbeitet Ordo socialis an der weltweiten Vernetzung von Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftlern. Der Verein unterstützt sie bei der Verbreitung ihrer Ideen und Schriften sowie dabei, in einen Dialog untereinander zu treten.

Ordo socialis verleiht seit 2011 in der Regel alle zwei Jahre den *Ordo-socialis-Preis*, mit dem Persönlichkeiten ausgezeichnet werden, die sich durch ihr Wirken für die Verbreitung und Verwirklichung wichtiger Themen der christlichen Soziallehre einsetzen oder eingesetzt haben. Dazu können herausragende sozialwissenschaftliche Arbeiten, ein vorbildhaftes soziales Engagement, ein Lebenswerk und der selbstlose Einsatz für die soziale Gerechtigkeit gehören. Der Preis besteht aus einer Medaille und einer Urkunde und wird alle zwei Jahre in einer öffentlichen Veranstaltung vergeben.

Im Rahmen eines Festaktes am 6. Juni 2023 im Maxhaus – Katholischen Stadthaus Düsseldorf hat Ordo socialis in diesem Jahr Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes

Nordrhein-Westfalen, für sein persönliches politisches Engagement für eine gerechte Gesellschaft aus christlicher Verantwortung mit dem Preis ausgezeichnet. Die anlässlich des Festaktes gehaltenen Reden veröffentlichen wir hiermit.

Siegburg, im Juni 2023

Prof. Dr. Ralph Bergold

Vorsitzender

Inhalt

Vorwort 2

Prof. Dr. Ralph Bergold:
Grußwort zur Verleihung des
Ordo-socialis-Preises 5

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck:
Laudatio 11

Karl-Josef Laumann:
Vortrag des Preisträgers 20

Mission Statement von Ordo socialis 24

Prof. Dr. Ralph Bergold

Grußwort zur Verleihung des Ordo-socialis-Preises an Herrn Minister Karl-Josef Laumann

Sehr geehrter Herr Minister Laumann,

Sehr geehrter Herr Bischof Dr. Overbeck,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf Sie hier im Maxhaus, dem katholischen Stadthaus in Düsseldorf anlässlich der diesjährigen Preisverleihung von Ordo Socialis herzlich begrüßen und willkommen heißen. Ich begrüße den Leiter des Maxhauses, Herrn Dr. Peter Krawczack, der ein ganz kurzes Grußwort an uns richten wird.

Ordo socialis ist eine wissenschaftliche Vereinigung, die die christliche Soziallehre Deutschland- und weltweit in die Öffentlichkeit tragen möchte. Sie wurde als selbstständiger Verein 1985 im Nachgang eines Internationalen Kongresses für katholische Unternehmen in Rom gegründet. Die Mitglieder von Ordo socialis kommen aus dem Bund der

Katholischen Unternehmer und Ordo socialis hält auch einen sehr engen kooperativen Kontakt mit dem Bund Katholischer Unternehmer. Und so freue ich mich und darf auch hier herzlich begrüßen den Geschäftsführer des BKU, Herrn Hans-Peter Meinhardt.

In der Regel alle zwei Jahre verleiht Ordo socialis den Ordo-socialis-Preis an Persönlichkeiten, die sich durch ihr Wirken für die Entwicklung, Verbreitung und praktische Anwendung wichtiger Themen der Christlichen Soziallehre einsetzen. So wurde 2013 erstmalig dieser Preis an den Verfassungs- und Steuerrechtler und ehemaligen Verfassungsrichter Prof. Dr. Paul Kirchhof verliehen. Der zweite Preis wurde 2015 an den Erzbischof von Tegucigalpa in Honduras, Oscar Andrés Kardinal Rodríguez Maradiaga, verliehen. 2018 wurde der Ordo-socialis-Preis an Frau Dr. Anne-Catherine Dior Senghor Beye aus dem Senegal verliehen. Für den nächsten Ordo-socialis-Preis richtete sich der Blick bei der Auswahl einer geeigneten Persönlichkeit nach Lateinamerika und Afrika wieder nach Deutschland.

Und hier freue ich mich sehr, dass wir mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalens die geeignete Persönlichkeit gefunden haben. Ich begrüße Sie sehr herzlich, Herr Minister Karl-Josef Laumann. Warum Sie die geeignete Persönlichkeit sind, werden wir gleich in der Laudatio hören, die Herr Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Bischof des Bistums Essen, vornehmen wird. Ihnen lieber Herr Bischof ebenfalls ein herzliches Willkommen und vielen Dank, dass Sie die Laudatio halten als guter Kenner, zum einen der Person Karl-Josef Laumann und zum anderen natürlich der kirchlichen Soziallehre.

Eigentlich sollte die Medaille bereits viel früher verliehen werden, aber dann kam die Covid-19-Pandemie, die insbesondere Sie, lieber Herr Laumann, als Gesundheitsminister stark in Anspruch genommen hat und wir keinen geeigneten Zeitpunkt fanden. Dank des stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Dr. Belafi ist es dann doch gelungen, die beiden übervollen Terminkalender vom Minister und dem Bischof in Übereinstimmung zu bringen und auf den heutigen Termin freizuschalten.

Für den Minister und den Bischof war die Stadt Düsseldorf der geeignete und einzige Ort, an dem dieser Festakt stattfinden kann. Und ich begrüße an dieser Stelle den Leiter des Katholischen Büros in Düsseldorf Herrn Dr. Antonius Hamers. Schön, dass Sie dabei sind. Des Weiteren begrüße ich den Landtagsabgeordneten Herrn Raphael Tigges. Ihnen auch ein herzliches Willkommen.

Ordo socialis - steht auch für die Prinzipien und ordnungsethischen Grundlagen der katholischen Soziallehre. Die derzeitigen Entwicklungen und Herausforderungen, in einer leider in mehrfacher Hinsicht krisengeschüttelten Welt stellen auch Anfragen an die christliche Soziallehre. Die bekannten Prinzipien der Solidarität, Subsidiarität, Personalität, Gemeinwohl, Nachhaltigkeit etc. müssen auf die derzeitigen Problemfelder wieder neu durchbuchstabiert werden.

Hinzu kommen neue Themen: Seit Jahrzehnten haben wir wieder einen Krieg in Europa, das Thema Armut und Armutsbekämpfung ist nicht nur auf anderen Kontinenten, sondern auch in Europa aber auch in Deutschland ein drängendes Problem. Hinzu kommen Energiekrise, Inflationssteigerung und Rezession, die das Armutsproblem noch verschärfen.

Fachkräftemangel und der damit verbundene Pflegenotstand ist ebenso eine große Herausforderung für unser Sozial- und Gesundheitssystem. Und Sie, Herr Minister, sind ja auch bei diesen beiden Themen Armut und Pflegenotstand zurzeit sehr engagiert. Hier stehen wir angesichts der, auch globalen Krisenphänomene wie Klimawandel, Energiekrise, Migrationsbewegungen vor gewaltigen Transformationsprozessen.

Wir brauchen, und dafür setzt sich Ordo socialis ein, im weltweiten wissenschaftlichen Kontext Überlegungen, Konzepte und Modelle, wie eine Gesellschaft der Zukunft im nationalen und internationalen Kontext aussehen kann. Dies darf aber nicht nur auf theoretischer Ebene passieren. Wir brauchen nicht nur theoretische und akademische Modelle, sondern wir brauchen glaubwürdige Praxisprojekte und Initiativen, die die Gesellschaft verändern und prägen. Wir brauchen ordnungsethische und wirtschaftsethische Ansätze.

Und wir brauchen in diesen Zeiten positive, hoffnungsvolle Narrative. Da haben wir Christen natürlich eine Menge von im Gepäck. Dieses muss nur wieder bewusstgemacht werden und deutlich in den gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Diskurs eingebracht werden.

Und wir brauchen Personen, Persönlichkeiten, die für diese Narrative stehen. Vorbilder, die zeigen, dass es sozialverträgliche, verteilungsgerechte, verantwortliche und zukunftsweisende Perspektiven geben kann und gibt. Auch in dieser Richtung haben wir mit dem diesjährigen Preisträger die richtige Person gewählt. Wenn Preise heute an Personen verliehen werden, dann sind das nicht nur Zeichen des Dankes und der Würdigung der Leistung und der Arbeit, die diese Person vollbringt oder vollbracht hat, sondern weit darüber hinaus gehen von solchen Preisverleihungen starke Signale der Hoffnung für die Zukunft aus.

Ordo socialis hat sich zum Ziel gesetzt die Grundlagen und Ansätze der Christlichen Soziallehre in die Welt zu tragen und dort mit deren Umsetzung vor Ort mit zu sorgen. In dem sogenannten Mission Statement, das im November letzten Jahres vom Vorstand von Ordo socialis verabschiedet wurde und auf der Homepage von Ordo socialis zu finden ist *(hier abgedruckt ab Seite 25)*, wird dieser Auftrag von Ordo socialis beschrieben und da heißt es: „In Zeiten globaler Herausforderungen muss interdisziplinäre Wissenschaftskommunikation international stattfinden. Ordo socialis fördert solche Wissenschaftskommunikation.“

Weltweite Veröffentlichungen zur Soziallehre, maßgeblich von dem wissenschaftlichen Beirat, dem knapp 60 internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland, West- und Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und Asien angehören, werden Schriften, Vorträge, Impulspapiere und Interviews zur Soziallehre in mehreren Sprachen auf der Internetplattform von Ordo socialis eingestellt und zugänglich gemacht. Die Veröffentlichungen von Ordo socialis sollen Anstöße geben, um in den jeweiligen Ländern die dort anstehenden Entwicklungen der Gesellschaftspolitik aus der Sicht und Erfahrung der Katholischen Soziallehre zu beurteilen und mitzugestalten. Notwendig

ist eine globale Ordnung der Gerechtigkeit, des Friedens sowie der Freiheit und Verantwortung. Ordo socialis hat es sich zur Aufgabe gemacht, für genau eine solche globale Ordnung einzutreten. Dazu braucht es einen starken Verein und viele Vereinsmitglieder. Ich darf daher auch für eine Mitgliedschaft bei Ordo socialis an dieser Stelle werben und auf die Antragsformulare zur Aufnahme bei Ordo socialis hinweisen.

Wir als Christinnen und Christen dürfen nicht nachlassen, uns für eine sozialere, gerechtere, menschenfreundlichere Welt und Gesellschaft einzusetzen und damit auch Zeichen des Mutes und der Hoffnung in einer pluralen, schnelllebigen, krisengeschüttelten und lebensbedrohten Welt zu setzen.

Und so sehe ich auch die heutige Preisverleihung und den heutigen Preisträger Karl-Josef Laumann als ein wichtiges Zeichen des Mutes und der Hoffnung, dass eine gerechte und menschenachtende sowie freie und verantwortliche Welt und Gesellschaft nicht nur ein Wunschtraum und eine Utopie bleibt, sondern möglich ist.

Prof. Dr. Ralph Bergold

Vorstandsvorsitzender von Ordo socialis

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

Laudatio

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Minister, lieber Herr Laumann,

gerne möchte ich heute mit einem Zitat von Ihnen beginnen: „Das Wichtigste ist mir, dass ein Arbeits- und Sozialminister in einer Landesregierung Schutzmacht der kleinen Leute sein muss“ – Mit diesen Worten definieren Sie selbst, lieber Herr Minister, worauf es Ihnen in Ihrem politischen und gesellschaftlichen Wirken zuallererst ankommt. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit bedeutet, aus innerer Überzeugung heraus verantwortet für die Interessen der vielen Menschen einzutreten, die ihren Alltag bewältigen müssen und ihn trotz aller Herausforderungen auch bewältigen wollen. Wenn Sie dafür den Begriff „Schutzmacht der kleinen Leute“ wählen, so verstehe ich das bei Ihnen in keiner Weise als bevormundend. Gerade vor dem Hintergrund Ihrer persönlichen und politischen Biographie scheint mir doch eher das genaue Gegenteil der Fall zu sein: „Schutzmacht der kleinen Leute“ zu sein ist für Sie der Ausdruck einer Selbstverpflichtung, immer entschieden dafür einzutreten, dass Menschen ein gutes und gerechtes Leben in Freiheit führen können. Dabei stehen Sie stets fest auf dem Boden der christlichen Soziallehre, die Ihnen als Prinzipienethik mit einem starken Menschenbild ein verbindlicher politischer Kompass ist. Diese orientierte Gewissheit hat sich durchgängig in Ihrem politischen Handeln widergespiegelt. Ich freue mich daher sehr, dass Sie heute mit dem Ordo-socialis-Preis für Ihr persönliches politisches Engagement für

eine gerechte Gesellschaft aus christlicher Verantwortung ausgezeichnet werden und es ist mir entsprechend eine Ehre, heute im Rahmen dieser Preisverleihung die Laudatio halten zu dürfen.

In der Vorbereitung auf den heutigen Nachmittag und Abend bin ich u.a. auf die online noch auffindbare Ankündigung zu einem Vortrag gestoßen, den Sie im Herbst 2019 unter dem Titel „Der Christ und seine Verantwortung“ gehalten haben. In dieser Ankündigung heißt es: „Glaube ist nicht auf den Kirchenraum beschränkt, sondern muss seine Konsequenz im Alltag haben. Unser Christsein hat Auswirkungen im täglichen Leben – und auch in der Politik.“ Damit geht eine Verantwortung einher, der wir als Christinnen und Christen gerecht werden müssen. Natürlich wäre es vielfach leichter und einfacher, diese Auswirkungen auf das tägliche Leben schlichtweg für belanglos zu erklären und es sich in der bequemen Selbstbezüglichkeit eingefahrener und abgeschotteter Strukturen und Rituale einzurichten. Wer aber heute noch meint, solche Formen eines kirchlichen Eskapismus sind ein gangbarer und legitimer Weg, um christliche Identität zu pflegen und zu stärken, der betreibt nicht allein bloß harmlose Weltflucht. Er trägt dazu bei, das Christentum in eine identitäre Sekte zu überführen. Und er schützt jene

Strukturen, die wesentlich dazu geführt haben, dass unter dem Deckmantel von Religion und Glaube schreckliche Verbrechen begangen werden konnten. Denken Sie nur an die vielen Fälle von sexualisierter Gewalt und geistlichem Missbrauch. Hier ist ein lautes und entschlossenes Nein unabdingbar. Der Schutz des vermeintlich Unverrückbaren darf nicht vor der Relevanz für die Menschen stehen; er darf nicht vor dem Schutz von Menschen stehen.

Ein Christentum, das sich um sich selbst dreht und von dem schon vor 200 Jahren der große dänische Philosoph und Theologe Sören Kierkegaard geschrieben hat, dass ein solches Christentum Gott zum Narren halte und langfristig in der Bedeutungslosigkeit verschwände, ist eben nicht das Christentum, dem sich Karl-Josef Laumann verpflichtet weiß. In unserem Glauben lassen sich Wort und Tat nicht isoliert voneinander sagen und leben, da sie einander gegenseitig bedingen. Rechte Glaubenslehre heißt immer auch, Dienst am Zeugnis der Christusnachfolge zu üben. Mit ihr geht der Ruf in die Verantwortung einher. Das bedeutet, einzutreten für andere und für soziale Gerechtigkeit. Diesen Ruf wirklich anzunehmen bedeutet, Christ zu sein in allen Lebensbezügen, und mag es noch so unbequem sein. Um es mit einem bewegenden Wort des ehemaligen UN Generalsekretärs und Friedensnobelpreisträgers Dag Hammarskjöld auszudrücken: „Gott braucht dich, auch wenn es dir im Augenblick nicht passt.“

„Gott braucht dich!“ – Dieser Satz fordert heraus und ist durchaus als Zumutung zu begreifen. Führt er doch vor Augen, dass es an uns liegt, als Christinnen und Christen heute Verantwortung in der Welt und für die Welt übernehmen zu wollen und auch zu können, oder ob wir uns als elitäre Minorität gebärden, die sich, weltabgewandt, in den geschützten Innenraum einer Zitadelle, einer Burg, zurückzieht, um ja nichts zu riskieren und sich die Hände nicht schmutzig zu machen. „Gott braucht dich“ zwingt uns somit auch zu der Entscheidung, ob es uns in unserem Christsein um die Verteidigung abstrakter Geltungsansprüche und ihrer Formen, oder aber um den Dienst am Nächsten geht.

Nicht zuletzt die Preisverleihung heute zeigt, dass Karl-Josef Laumann diese Herausforderung angenommen und seine Entscheidung getroffen hat: „Der Mensch ist stets wichtiger als die Sache.“ Diese Überzeugung, so sagt er selbst, leitet sein politisches Handeln. Sei es als Betriebsrat, als Abgeordneter, als Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung, als Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW - und natürlich im und für das Tecklenburger Land, seiner Heimat, der er immer verbunden geblieben ist. Dabei hat ihn das kirchliche Milieu in Birgte wesentlich geprägt. Er selbst schreibt dazu:

„In der Gemeinschaft der Messdiener und später der katholischen Verbände habe ich mich immer zu Hause und gut aufgehoben gefühlt. Unsere Kirche ist mir nach wie vor wichtig. Sie gibt mir Kraft und Orientierung. Die christliche Soziallehre ist ein wichtiger Teil der Kirche. Deshalb sind mir die Katholische Arbeitnehmerbewegung und Kolping ans Herz gewachsen.“

Als Karl-Josef 1990 die Werkbank gegen das Parlament tauschte und für die CDU in den Bundestag einzog, war er in seiner Fraktion einer von zehn Parlamentariern mit beruflicher Herkunft aus der Arbeiterschaft. Direkt war es ihm ein besonderes Anliegen, die Perspektive der Arbeiterinnen und Arbeiter in politische Gestaltungsprozesse einzubringen, so dass er Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales wurde. Mit Norbert Blüm als Minister für Arbeit und Sozialordnung und Heiner Geißler als Fraktionsvize bezeichnete er diese erste Etappe im Bonner Politikbetrieb rückblickend selbst als überaus lehrreich. Eine der zentralen Aussagen der Sozialenzyklika Mater et Magistra von Papst Johannes XXIII., nämlich, dass immer der Mensch „Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein“ (MM 218-220) muss, kennzeichnet so auch das Politik und Institutionenverständnis von Karl-Josef Laumann: Wirtschaft und Staat sind kein Selbstzweck, sondern haben wesentlich eine dienende Funktion. Der Mensch ist wichtiger als die Sache.

Dem mit diesem Satz verbundenen Anspruch in unserer Gegenwart als politisch Handelnder gerecht zu werden, ist freilich nicht einfach. Wir sehen derzeit eine stabile europäische Friedensordnung, die uns nach

dem Zweiten Weltkrieg geschenkt wurde, in Trümmern vor uns liegen. Diese Trümmer fordern uns heraus. Das ist auch in vielen Bereichen des täglichen Lebens deutlich zu spüren. Stark steigende Preise für Lebensmittel und Energie, eine drohende schwere Rezession sowie die Angst vor einer weiteren Eskalation des Krieges führen dazu, dass der Ausblick auf die kommenden Monate für viele Menschen mit sehr ernsten Sorgen verbunden ist.

Für einen großen Teil der Familien in unserem Land sind bereits die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen – gerade auch nach der Corona-Pandemie – so enorm, dass häufig die Grenzen der Belastbarkeit überschritten sind. Viele Menschen plagen akute Existenzängste. Diese Ängste werden von den Feinden unserer Demokratie, die auch in den Parlamenten sitzen, gnadenlos für ihre eigene Machtagenda benutzt. Ihren Parolen und einfachen Antworten müssen wir gemeinsam etwas entgegensetzen. Es ist schon sehr viel, wenn wir einander ehrlich eingestehen, wie schwierig die Lage ist und wie sehr wir in dieser Zeit auf Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung angewiesen sind. Es braucht auch das nüchterne Eingeständnis, dass nicht so schnell wieder alles gut werden wird. Im Gegenteil: In den kommenden Monaten und Jahren werden mit hoher Wahrscheinlichkeit noch größere Belastungen auf die Menschen in diesem Land zukommen. Wir können sie nur gerecht und solidarisch schultern. Darauf müssen wir uns vorbereiten.

Wir stehen als Gesellschaft gemeinsam in der Pflicht, soziale Härten bestmöglich abzufedern und alle geeigneten Instrumente des Sozialstaates zu nutzen und zu stärken. Denn wir sollten uns nichts vormachen: Es ist das gefährliche Kalkül von Autokraten wie Wladimir Putin, dass wir in schweren Zeiten nicht bereit sind, für unsere Werte einzutreten und sie uns etwas kosten zu lassen – im wahrsten Sinne des Wortes.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das, was für unser Leben in Freiheit schlicht und ergreifend nicht verhandelbar ist, steht in diesen Zeiten massiv unter Druck. Von außen her durch Autokraten, die selbst vor einem Angriffskrieg nicht zurückschrecken. Aber auch von

innen her durch jene, die auf die schwierigen Fragen unserer Zeit verlockend einfache und bequeme Antworten anbieten. Diese einfachen Antworten haben alle einen hohen Preis. Sie wollen überzeugen, indem sie das Vertrauen in unsere Demokratie schwächen. Denn sie setzen auf das Recht des Stärkeren und die zerstörerische Kraft der Gleichgültigkeit.

Unsere Demokratie setzt auf die Stärke des Rechts. Sie lebt von geschriebenen Voraussetzungen, die verbindlich für alle gelten. Genauso lebt sie von ungeschriebenen Voraussetzungen, die von uns allen erbracht und gepflegt werden müssen. Es ist unsere Aufgabe, diese Demokratie lebendig zu halten. Sie ist keine „Diktatur der Eliten“, sondern steht für Freiheit, für den Schutz der Menschenrechte, für die Sicherheit eines Rechtsstaates. Das darf uns nicht gleichgültig sein. Als Christinnen und Christen müssen wir öffentlich, laut und deutlich für eine robuste Demokratie eintreten, indem wir die Rechte und Werte verteidigen, die unsere Gesellschaft stark machen.

Dazu haben wir Kirchen in ökumenischer Verbundenheit bereits im Jahr 2019 ein gemeinsames Dokument veröffentlicht. Es trägt den Titel „Vertrauen in die Demokratie stärken“. Dort werben wir für eine Lebenshaltung, die wir als „demokratische Sittlichkeit“ beschrieben haben: ein Begriff, der nicht aus sich selbst heraus verständlich ist. Es geht darum, sich aus innerer Freiheit und Überzeugung den „guten Sitten der Demokratie“ verpflichtet zu wissen. Dazu gehören Fairness, Respekt gegenüber allen Menschen, Toleranz, Ehrlichkeit, Mut zur Kontroverse, Gemeinsinn und die Orientierung am Gemeinwohl.

Ohne solche ungeschriebenen Voraussetzungen gibt es keine gelebte Demokratie. Und ohne gelebte Demokratie gibt es keinen Sozialstaat, der Belastungen gerecht und solidarisch auf schwache wie auf starke Schultern verteilt. Stark ist ein Sozialstaat dann, wenn er auf starken Rückhalt und Zusammenhalt in der Bevölkerung zählen kann. Nur so können große Krisen bewältigt werden. Das wissen die Feinde der Demokratie. Deshalb setzen sie alles daran, diesen Zusammenhalt zu zersetzen und Vertrauen zu zerstören. Ohne Vertrauen aber gibt es keine lebendige Demokratie.

Vertrauen ist der Grundpfeiler unserer liberalen Demokratie und prägt auch wesentlich das Verhältnis von Zivilgesellschaft und staatlicher Politik. Es findet Ausdruck im Subsidiaritätsprinzip mit seinem Hilfestellungsgebot und Kompetenzanmaßungsverbot. Konkret heißt dies, dass die Menschen und Institutionen vor Ort jeweils mit den nötigen Ressourcen und Freiheiten ausstattet werden müssen, damit sie in eigener Verantwortung Aufgaben bewältigen können. Zivilgesellschaftliche Unterstützungsangebote lassen sich am besten von Verantwortlichen koordinieren, die mit den regionalen Gegebenheiten vertraut sind. Ein Vertrauen in die verantwortete Freiheit jedes Einzelnen entspricht auch der christlichen Vorstellung vom Menschen. Denn der Katholischen Soziallehre zufolge ist der Mensch weniger ungebundenes Individuum, als vielmehr über seine soziale Natur vermittelte Person. Menschen können sich nur als Mitmenschen verwirklichen; Mensch-Sein heißt immer Mit-Sein, weshalb menschliche Personalität stets eingebettet ist in das Beziehungsgefüge von Individualität und Sozialität. Daraus ergeben sich zwei Perspektiven: Erstens das gegenseitige Recht auf die Möglichkeit, sich in der Gesellschaft verwirklichen zu können. Zweitens die gegenseitige Verpflichtung zu Kooperation und Unterstützung, zu Solidarität. Solidarität ist als Sozialprinzip ein Rechtsprinzip. Sie ist damit mehr eine soziologische Kategorie als eine Frage der Individualmoral. Für Mitglieder einer modernen, funktional ausdifferenzierten Gesellschaft ist sie eine „soziale Tatsache“. Da Menschen sich nur in Gemeinschaft mit anderen verwirklichen können, haben sie auch eine gegenseitige Verpflichtung zu Kooperation und Unterstützung. Solidarität als Sozialprinzip zielt nicht auf bloße Gruppensolidarität, in der es allein darum geht, bestimmte (wirtschaftliche) Interessen gemeinsam zu verfolgen. Solidarität im sozialethischen Sinne ist vielmehr, wie es Papst Johannes Paul II. 1987 in seiner Enzyklika Sollicitudo rei socialis formuliert hat, „die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das ‚Gemeinwohl’ einzusetzen, das heißt für das Wohl aller und eines jeden, weil wir für alle verantwortlich sind.“

Diese Definition von Solidarität verweist auf das klassische Verständnis von sozialer Gerechtigkeit als auf das Gemeinwohl zielende Leitregel zur Gestaltung von Gesellschaft. Gemeinwohl ist dabei keine quantita-

tive Größe, es meint nicht bloß die Summe aller Einzelwohle. Das Gemeinwohl, von dem hier die Rede ist, ist vielmehr eine qualitative Größe, die darauf gerichtet ist, die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen ein Leben in Würde und nach den eigenen Zielen und Vorstellungen führen können. Kurzgefasst, bezeichnet Solidarität als sozialethisches Prinzip also nichts anderes als das Gebot, unter Rückbezug auf diese Idee des Gemeinwohls soziale Gerechtigkeit anzustreben und zwar weltweit.

Diese drei sozialethischen Prinzipien – Personalität, Solidarität und Subsidiarität – gründen auf einem starken christlichen Menschenbild: Jeder Mensch ist Person mit der ihr eigenen unveräußerlichen Würde. Damit ist kein Mensch hinsichtlich seiner Eigenschaften und seines Verhaltens festgelegt oder kategorisiert. Aber es ist ein Kriterium genannt, das allem individuellen und öffentlichen Handeln Orientierung und Maßstab sein muss. Dieses Bild vom Menschen ist im Grundgesetz verankert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar." Die Berufung auf das christliche Menschenbild schafft keine Eindeutigkeit in konkreten politischen Streitfragen. Dieses Menschenbild kann und soll deshalb auch nicht politische und gesellschaftliche Debatten ersetzen, sondern im Diskurs Orientierung bieten: „Der Mensch mit seiner unveräußerlichen Würde ist stets wichtiger als die Sache."

Karl-Josef Laumann legt in seinem politischen wie gesellschaftlichen Wirken auf vielfache Weise Zeugnis dafür ab, was es heißen kann, dieser Gewissheit wirklich als Mensch in politischer Verantwortung verpflichtet zu sein. Als Vorsitzender der CDA fand er dafür einmal die folgenden Worte: „Wir Christlich-Soziale in CDA, KAB und Kolping kämpfen für stabile Beschäftigung, die auskömmlich und fair bezahlt wird, und für eine verlässliche soziale Absicherung für alle Menschen. Dabei berufen wir uns auf die christliche Soziallehre. Die war nie eine Ideologie, sondern etwas Handfestes, den Menschen Zugewandtes. Ihre Begründer waren Seelsorger, die das Elend der Arbeiter und ihrer Familien hautnah erlebt hatten. Sie antworteten auf die frühkapitalistische Ausbeutung nicht mit Klassenkampf-Parolen, sondern mit dem Ruf nach sozialer Partnerschaft. Ich glaube: Eine funktionierende Gesellschaft braucht ein Leitbild - und das kommt uns zunehmend abhanden.

In den guten Jahren unseres Landes hat die christliche Soziallehre die Gesellschaftspolitik geprägt: Immer dann, wenn sie politische Richtschnur war, ging es den Menschen gut."

Lieber Herr Laumann, ich bin mir sicher, dass Sie weiter mit aller Kraft für diese Richtschnur eintreten werden. Gegen die Zerrbilder und Vereinfachungen der politischen Ränder braucht es in der Tat ein Leitbild, das Maß nimmt an dem, was uns als Mensch unbedingt ausmacht. So möchte ich Ihnen abschließend für all Ihr Engagement mit einem herzlichen „Vergelt's Gott" danken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Karl-Josef Laumann

Vortrag des Preisträgers

Vielen Dank für diese Auszeichnung. Auch Ihnen, lieber Herr Bischof, herzlichen Dank für die schönen Worte. Und auch danke, dass Sie das nicht nur mit meiner Person verbunden haben, sondern auch noch mal damit, was unsere katholische Soziallehre in der heutigen Zeit bedeutet. Und das ist meiner Meinung nach auch sehr wichtig, dass wir Institutionen wie Ordo socialis haben. Denn ich meine, dass es sehr darauf ankommt, dass wir nicht nur Institutionen, sondern auch Wissenschaftler und Theologen haben, die uns auch ein wenig deuten, was die katholische Soziallehre in der heutigen Zeit bedeutet. Die katholische Soziallehre ist zeitlos. Aber was bedeutet sie in der Zeit, in der wir leben? Was bedeutet sie in der realen Welt, die wir haben.

So kann man auf der Grundlage der christlichen Soziallehre miteinander ins Gespräch kommen und durchaus auch streiten. Ich finde grundsätzlich, das war und ist mir im politischen Leben wichtig, dass wir

nicht das Recht haben, die Menschen zu bevormunden. Wenn wir über arme Leute sprechen, wenn wir über Kinder sprechen, die keine Chance haben, und so weiter und so fort, dann ist die Frage nach Gerechtigkeit nicht nur eine Frage der Höhe der Grundsicherung, sondern die Eröffnung von Chancen, durch gute Bildung aus seinem Leben etwas zu machen, um eine faire Chance in dieser Gesellschaft zu haben. Deswegen müssen wir in der heutigen Zeit nicht nur über die Höhe von Bürgergeld und Kindergrundsicherung nachdenken, sondern viel mehr über die Frage nachdenken, wie wir in einer Gesellschaft, die so bunt geworden ist wie unsere, ein Schulsystem, ein Kindergartensystem hinbekommen, wo Kinder, die egal aus welchem Grund, nicht das Glück haben eine große Förderung aus dem Elternhaus zu kommen, eine faire Chance haben, gut durch die Schule zu kommen und anschließend einen vernünftigen Beruf zu lernen. Das machen wir zurzeit nicht gut genug, wie ich finde. Und es ist so, dass wir an unseren Schulen in Nordrhein-Westfalen ungefähr 100.000 Kinder haben, wo noch vor fünf, sechs

Jahren keine Schulministerin und kein Schulminister je gedacht hätte, dass sie heute hier sein würden. Die müssen aber alle in diesem System untergebracht werden, brauchen alle eine Lehrerin, alle einen Lehrer und brauchen alle einen Schulraum. Wie viele Debatten haben wir denn eigentlich geführt in den letzten Jahren: „Wir haben zu wenige Kinder und wir kriegen Riesenprobleme in diesem Land, weil wir zu wenige Geburten haben." Jetzt sind die Kinder da und das ist auch wichtig. Wir sollten einmal annehmen, dass viele von ihnen hierbleiben und sehen, dass sie bei uns in Deutschland die Chance auf ein gutes Leben und auf eine gute Berufstätigkeit haben. Dann sind sie für diese Region auch ein Segen, wie Kinder eigentlich immer ein Segen sein sollten.

Zu meiner Politik oder auch meinem Politikverständnis, wofür ich heute geehrt worden bin, gehört auch eine Sache, die mir immer wichtig war: Eine christliche Politik muss immer eine Politik für den Lebensschutz sein, und zwar für die ganze Spanne des menschlichen Lebens. Deswegen dürfen wir es in unseren Gedanken einfach nicht zulassen, dass Menschen nach der Frage beurteilt werden, ob sie viel oder wenig leisten können. Die Würde des Menschen hat einfach damit zu tun, dass er Mensch ist. Und das gilt für einen behinderten Menschen genauso wie für einen sehr alten Menschen oder für diejenigen unter uns, die das große Glück haben, eine ganze Lebensphase zu haben, in der wir ein sehr selbstbestimmtes Leben führen können und vielleicht sogar auch zu den Leistungsträgern unserer Gesellschaft gehören. Die Würde des Menschen hängt mit all dem nicht zusammen. Und wenn man das weiß, dann hat das ganz klare Konsequenzen. Wie organisiere ich Pflegepolitik? Wie organisiere ich Krankenhäuser? Wie organisiere ich ein Gesundheitssystem? Wenn man diese Grundgedanken hat, dann weiß man auch in der aktuellen Tagespolitik und den Entscheidungen, die man immer treffen muss: Aus welchem Menschenbild heraus treffe ich sie? Und ich hoffe, dass es mir in den vielen Jahren, in denen ich jetzt gestalten darf, gelungen ist, aus dieser Sicht heraus die Entscheidungen zu treffen, die kleinen Entscheidungen und die großen Entscheidungen. Und ich freue mich darüber, dass wir zurzeit auch eine Mehrheit haben und ich das somit noch ein paar Jahre machen kann. Das gehört ja auch dazu. Man muss schon sagen, Beten ist gut, aber mit Beten alleine bekommt man keine Mehrheiten. Da muss man auch mal sagen, was man

für richtig und was man für falsch hält und muss man auch manchmal erkennen, wo die Freunde sind und wo die sind, die nicht unsere Freunde sind. Es gehört alles dazu. Aber wenn man es so macht, dass man sie deswegen als Menschen nicht verachtet, dann ist auch ein politischer Streit, durchaus christlich zu verantworten und den führe ich auch nach wie vor sehr gerne. Schönen Dank für die Auszeichnung.

V.l.n.r.: Dr. Matthias Belafi (Stellv. OS-Vors.), Laudator Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Preisträger Karl-Josef Laumann, Prof. Dr. Ralph Bergold (OS-Vorsitz.), Cornlius C. Fetsch (OS-Vorstand), Josef Thesing (OS-Vorstand), Dr. Arnd Küppers (Wiss. Beirat OS)

Mission Statement von Ordo socialis

Ordo socialis engagiert sich für eine globale Ordnung der Gerechtigkeit und des Friedens und orientiert sich dabei an der christlichen Sozialethik, die in diesem Zusammenhang vom weltweiten bzw. globalen Gemeinwohl spricht (z.B. Fratelli tutti 172, Laudato si' 169, Caritas in veritate 41). Gemeint ist damit eine Weltordnung, die dem fundamentalen Wert der universalen Menschenwürde gerecht wird, das heißt: in der alle Menschen und Völker ihren dieser Menschenwürde geschul-deten Anteil an den materiellen und immateriellen Gütern erlangen und ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Ordo socialis vollzieht dieses Engagement für das Weltgemeinwohl vor allem durch die Förderung internationaler Wissenschaftskommunikation auf dem Gebiet der christlichen Sozialethik. Diese internationale Wissenschaftskommunikation ist notwendig, weil die Universalität der Menschenwürde eine weder selbstverständliche noch triviale Idee ist. Kultur- und Ideengeschichtlich wurzelt sie einerseits in der biblischen Vorstellung von der Gottebenbildlichkeit des Menschen und andererseits in dem philosophischen Konzept der moralischen Autonomie des menschlichen Subjekts.

Wer an die Universalität dieses – in einem bestimmten historischen und kulturellen Kontext entstandenen – Konzepts der Menschenwürde glaubt, muss sich darum bemühen, diese universale Geltung in einer globalen, kulturell vielfältigen und pluralen Welt immer neu zu begründen und mit Argumenten zu unterlegen. Das ist eine der zentralen Aufgaben von Theologie und Philosophie sowie von benachbarten Disziplinen in den Sozial- und Humanwissenschaften.

Die Sozialethik greift über diese bloße Begründung der Menschenwürde hinaus. Menschenwürde wird hier nicht nur als innerer Wert des Menschen reflektiert, sondern auch als Sozialprinzip weiterentwickelt. Die moderne christliche Sozialethik spricht in diesem Zusammenhang von dem Personalitäts- oder Personprinzip. Dieses sozialethische Grundprinzip betrachtet die Entfaltungsmöglichkeiten menschlicher Würde und personaler Freiheit als zentralen Maßstab der Gestaltung

sozialer Ordnung. Das Zweite Vatikanische Konzil formuliert das in seiner Pastoralkonstitution von 1965 konzis wie folgt: „Wurzelgrund nämlich Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen ist und muss auch sein die menschliche Person […]“ (Gaudium et spes Nr. 25).

Das bedeutet, dass die soziale Ordnung, also sämtliche soziale Systeme, Strukturen, Regeln, Prozesse und Institutionen, ethisch daran zu bemessen sind, inwieweit sie der personalen Entfaltung des Menschen dienen. Deswegen muss Wissenschaftskommunikation auf dem Feld der Sozialethik immer interdisziplinär sein. Neben Theologie, Philosophie und anderen Geisteswissenschaften sind die Human- und Sozialwissenschaften unverzichtbare Partner in diesem interdisziplinären Austausch. Ein besonderes Augenmerk legt Ordo socialis dabei auf den Dialog von christlicher Sozialethik und Wirtschaftswissenschaften, denn gerechte sozio-ökonomische Institutionen und Strukturen sind überall auf der Welt notwendige Bedingungen für den Schutz von Gemeinwohl und Menschenwürde. Ordo socialis fühlt sich dabei der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft verbunden. Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft wie Wilhelm Röpke oder Alfred Müller-Armack haben stets auf die große konzeptuelle Nähe zwischen dem Ordoliberalismus und der christlichen Sozialethik hingewiesen und den interdisziplinären Dialog gepflegt. Diesen Austausch möchte Ordo socialis weitertragen und auch international anregen und fördern. Leitend ist dabei die Überzeugung, dass eine Internationalisierung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Weltgemeinwohls darstellen würde. Dazu will Ordo socialis einen Beitrag leisten.

In Zeiten großer globaler Herausforderungen muss interdisziplinäre Wissenschaftskommunikation international stattfinden. Ordo socialis fördert solche Wissenschaftskommunikation. In seinem Wissenschaftlichen Beirat versammelt Ordo socialis eine internationale Gruppe von Theologinnen und Theologen, Philosophinnen und Philosophen sowie Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern, die interdisziplinär zu Themen der Sozialethik forschen und publizieren. In einer Online-Bibliothek auf der Website von Ordo socialis werden Texte der

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats und auch von anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern open access zur Verfügung gestellt. Wichtige Texte lässt Ordo socialis in andere Sprachen übersetzen, um deren breitere internationale Dissemination und Rezeption zu fördern. Den Austausch der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats und anderer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fördert Ordo socialis durch die Organisation internationaler Konferenzen und Publikationen.

„Es gibt nichts Gutes / außer: Man tut es“ (Erich Kästner). Ordo socialis fördert die internationale Wissenschaftskommunikation nicht als akademischen Selbstzweck, sondern mit dem Ziel, zu einer besseren, gerechteren Welt beizutragen. Dafür müssen die wissenschaftlichen Überlegungen und Erkenntnisse in die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Praxis übersetzt werden. Sichtbarster Ausdruck dieses Ziels ist in dem bisherigen Portfolio von Ordo socialis der Ordo-socialis-Preis, mit dem Persönlichkeiten ausgezeichnet werden, die durch ihr Wirken für die Entwicklung, Verbreitung und lebensweltliche Umsetzung christlicher Sozialethik herausragende Beiträge geleistet haben.

Verabschiedet vom Vorstand von Ordo socialis am 30. November 2022.